



Evangelische Experten in NRW lehnen Fracking weiter ab **Auf Technik verzichten, deren Folgen nicht abzusehen sind**

NRW. Die Wiederbelebung der Fracking-Debatte in NRW durch Politik und Wirtschaft angesichts der Krim-Krise halten Umweltfachleute aus der Evangelischen Kirche im Rheinland (EKiR), der Evangelischen Kirche von Westfalen (EKvW) und der Lippischen Landeskirche für ein falsches Signal.

„Alle in den letzten Jahren vorgelegten wissenschaftlichen Gutachten weisen ausdrücklich auf gravierende Wissenslücken zu den Auswirkungen der Fracking-Technologie hin“, betont Dr. Gudrun Kordecki, Chemikerin im Institut für Kirche und Gesellschaft der EKvW. Besonders die Auswirkungen der eingesetzten Chemiecocktails sind weitgehend unerforscht. „Bevor nicht die wissenschaftliche Faktenlage zu dieser Technologie eine umfassende Beurteilung zulässt, erübrigt sich jede Diskussion über den Bau einer Fracking-Pilotanlage im Industriemaßstab, die jetzt von mehreren Politikern vorgeschlagen wird“, so Kordecki weiter.

Technik mit unabsehbaren Folgen

Schon 2011 hieß es in einer kirchlichen Stellungnahme zu Fracking: „Ein wichtiges Prinzip christlicher Ethik ist es, auf Techniken zu verzichten, deren Folgen unabsehbar sind und deren Anwendung durch menschliches Versagen und Missbrauch zu unüberschaubaren und irreversiblen Folgeschäden führen können.“ Inzwischen liegen Beschlüsse der Landessynoden der EKvW und der EKiR vor, die sich eindeutig gegen den Einsatz des Frackings aussprechen. „Der Schutz des Trinkwassers und der Heilquellen ist eine umfassende Aufgabe, die insbesondere im bevölkerungsreichen Bundesland NRW oberste Priorität haben muss“, unterstreicht Heinrich Mühlenmeier, Umweltbeauftragter der Lippischen Landeskirche. Die intensiven Bergbauaktivitäten in NRW hätten den geologischen Untergrund bereits gestört, so dass Erdgasförderungen mit Hilfe von Fracking einer besonders sorgfältigen Prüfung bedürften. „Daher treten wir für eine verbindliche Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für alle Aktivitäten im Kontext von Fracking ein“, so Mühlenmeier.

Fracking: Kein nennenswerter Beitrag für die Energiewende

Richard Brand, Referent für Umwelt, Klima, Energie im Landeskirchenamt der EKiR in Düsseldorf, kritisiert, dass die Krim-Krise als Anlass genommen werde, um das bestehende Moratorium in NRW in Frage zu stellen und den Einstieg in das Fracking zu legitimieren. „Für die Energiewende in Deutschland wird Fracking keinen nennenswerten Beitrag leisten können, weder kurzfristig noch langfristig“, so Brand.

Dr. Judith Kuhn, Referentin für Klima- und Energiepolitik im Institut für Kirche und Gesellschaft, weist darauf hin, dass die Förderung von Schiefergas in Deutschland weder die Energiepreise senken noch einen substantiellen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten können werde. Die Erfahrungen in den USA zeigten, dass die förderfähigen Gasvorkommen dort viel zu hoch eingeschätzt worden seien. In Deutschland seien die Vorkommen – gemessen am Gasbedarf – eher gering. Außerdem machten die hohen Förderkosten die kommerzielle Nutzung auf absehbare Zeit unwahrscheinlich. „Aus unserer kirchlichen Sicht halten wir es für wesentlich wichtiger, die

Erneuerbaren Energien konsequent auszubauen sowie die Energieeffizienz zu erhöhen und verstärkt Energie einzusparen“, so Kuhn.

Verantwortlich:

Richard Brand, 0211 / 4562 516, richard.brand@ekir-lka.de

Dr. Gudrun Kordecki, 02304 / 755 330, gudrun.kordecki@kircheundgesellschaft.de

Dr. Judith Kuhn, 02304 / 755 333, judith.kuhn@kircheundgesellschaft.de

Heinrich Mühlenmeier, 05222 / 805146, umwelt@lippische-landeskirche.de

Weitere Informationen:

<http://www.ekd.de/agu/themen/energie/fracking.html>

*Hinweis: Die Pressemitteilung wird zeitgleich von den drei beteiligten Landeskirchen verschickt.
Etwaige Doppelungen bitten wir zu entschuldigen.*